

Es braucht ein neues Gesamtkonzept für die Pflege, die Zeit des Verdrängens ist vorbei

Die Angehörigenpflege, die Pflegeinitiative sowie die Langzeitpflege sind alles Baustellen mit einem gemeinsamen Problem. Prämienzahler und Steuerpflichtige haben Anspruch auf eine ehrliche Pflegepolitik.

Die Pflege und ihre Kosten stehen in der Schweiz von mehreren Seiten unter Druck. Die alternde Bevölkerung muss immer mehr und länger gepflegt werden. Gleichzeitig verlangt die Umsetzung der Pflegeinitiative zusätzliche finanzielle Ressourcen, und mit der einheitlichen Finanzierung (Efas) drückt bald die Langzeitpflege ebenfalls auf die Prämien.

Und dann ist da noch das Phänomen der ungebremsen Ausweitung der Angehörigenpflege, die sich von der solidarischen Idee der familiären Fürsorge zur Geldmaschine für findige Unternehmer gewandelt hat. Die Folge: Ein System, das sich selbst überholt, ohne die nötigen Leitplanken zu setzen.

Pflegende Angehörige vergütet

Pflegende Angehörige leisten seit Jahren einen unschätzbaren Beitrag in unserer Gesundheitsversorgung. Doch was als Betreuung im vertrauten Umfeld gedacht war, wird seit einem Bundesgerichtsurteil im Jahr 2019 zu einem Geschäftsmodell mit fragwürdigen Auswüchsen. Mit der Vergütung der Pflegeleistungen durch die Grundversicherung ist ein neuer Wirtschaftszweig entstanden, der Angehörige systematisch anstellt, deren Leistungen abrechnet – und dabei den Grossteil der Vergütung selbst einstreicht. Die Differenz zwischen dem Stundenlohn der pflegenden Angehörigen (um die 30–40 Franken) und den abrechenbaren Normkosten (82 Franken 90 im Kanton Zürich) landet bei den findigen Anbietern, die so das System ausnutzen.

Immerhin: Der Kanton Zürich hat den Missstand erkannt und senkt die Restkostenfinanzierung ab 2026 von 30 Franken 30 auf 15 Franken 75, während der Beitragssatz seitens Krankenversicherer weiterhin 52 Franken 60 beträgt. Doch das Problem ist systemisch. Wie auch ein parlamentarischer Vorstoss verlangt, braucht es eine gesetzliche Definition der Angehörigenpflege, eine separate statistische Erfassung, klare Qualitätsvorgaben und eine deutliche Reduktion des Beitragssatzes seitens Krankenversicherer. Zudem sollten die Kantone ihre Aufsichtspflicht wahrnehmen und die Restkostenfinanzierung reduzieren, so wie es der Kanton Zürich vormacht.

Den Prämienzahlenden drohen ausserdem Kostenerhöhungen durch die Ausweitung der Pflegeleistungen. In der derzeit laufenden Umsetzung der Pflegeinitiative sollen die Arbeitsbedingungen der Pflegenden verbessert und der Beruf der APN (Advanced Practice Nurses) definiert werden. Während die APN ein erfolgversprechender Weg sind, um einen Mehrwert in der Pflege zu schaffen, bleiben bei den Arbeitsbedingungen grosse Fragezeichen, insbesondere welche Kosten auf die Prämienzahlenden zukommen. Ohne transparente Kostenfolgeabschätzung ist es unverantwortlich, die gesetzlichen Änderungsvorschläge mit all den Begehrlichkeiten einfach durchzuwinken.

Folgen in der Langzeitpflege

Noch gravierender sind die langfristigen Folgen der Efas-Vorlage in der Langzeitpflege: Ab 2032 entfällt die bisherige Kostendeckelung durch maximale Pflegebeiträge in der Krankenpflegeversicherung. Der erwartete hohe Anstieg der Pflegekosten wird künftig direkt auf die Prämien durchschlagen. Die Politik hat diesen Effekt bewusst in Kauf genommen, um die Kantone ins Boot zu holen. Doch ohne flankierende Massnahmen drohen massive Kosten- und Prämienanstiege – zusätzlich zu den ohnehin steigenden Gesundheitskosten. Es fehlt dabei an Qualitätskontrollen, Transparenz und einer klaren Definition.

Fazit: Die Angehörigenpflege, die Pflegeinitiative und die Langzeitpflege sind drei Baustellen mit einem gemeinsamen Problem. Es braucht den Mut, die Realität anzuerkennen – ohne Ideologie, ohne Scheuklappen. Die Prämienzahlenden und die Steuerzahlenden haben Anspruch auf eine ehrliche Pflegepolitik, die Fehlentwicklungen korrigiert, Marktversagen reguliert und ein Gesamtkonzept für die Pflege vorlegt. Die Zeit des Verdrängens ist vorbei.

Thomas J. Grichtung ist Generalsekretär und Mitglied der Generaldirektion des Groupe Mutuel.

NZZ, 29.9.2015